Die Arbeitereltern von Dresden-Neustadt beschließen

Schulstreik gegen Hungernotverordnung

Wohlfahrtserwerbslose organisieren den Kampf gegen Kürzung der Kinderzulagen

Gestern fand in Dresden-Neustadt eine von den proletarischen Elternräten und vom Erwerbslosenausschuß einberufene Elternversammlung statt, in der beschlossen wurde:

„Die erwerbslosen Eltern treten mit ihren schulpflichtigen Kindern der 4., 22., 49. und 58. Volksschule ab Donnerstag, den 23. Juni, in den Schulstreik, da sie es ablehnen müssen, ihre Kinder mit hungrigem Magen zum Unterricht zu schicken. Da die Kinderzulagen in der Wohlfahrtsfürsorge von 16 Mark auf 13 Mark abgebaut wurden, ist den Kindern der Wohlfahrtserwerbslosen wiederum ein Stück trockenes Brot genommen worden. Da unsere Kinder praktisch zum Verhungern gezwungen werden, lehnen wir es ab, sie in die Schule zu schicken und erklären den Schulstreik."

Die anwesenden Eltern zeichneten sich in Listen ein, die mit einer entsprechenden Begründung an die Schulleiter gesandt werden. Es wurde ein Schulstreikkomitee aus zehn Eltern gewählt, dem in der Hauptsache parteilose Mütter angehören. Die Kampfhandlung wurde vor allen Dingen von parteilosen Arbeitern begrüßt, die sich restlos der Aktion anschließen und an alle proletarischen Eltern Dresdens appellieren, gleichfalls gegen den Hunger ihrer Kinder in den Kampf zu treten.

In Löbtau-Naußlitz beginnen sich die Arbeitereltern mit ihren Kindern ebenfalls im Schulstreik, der begeistert begrüßt wurde und sich weiter ausdehnt. Auch dort sind Flugzettel an die Arbeitereltern verteilt worden, in denen unter Hinweis auf den Hunger ihrer Kinder zur Beteiligung am Streik aufgefordert wird. Die Lehrer der Schulen können sich der Bewegung nicht entziehen und sollen verschiedentlich erklärt haben, daß die Kampfhandlungen der arbeitslosen Eltern berechtigt sind.

Gemeinde- und Verkehrsarbeiter rufen zur Antifaschistischen Aktion

Gestern abend hatte die RGO die Dresdner Gemeinde- und Verkehrsarbeiter zu einer Massenversammlung nach dem Keglerheim aufgerufen, die sehr gut besucht war.

Im Mittelpunkt derselben standen die Referate des Genossen **Paul Gruner** und seines Verteidigers, des Genossen **Rolf Helm** über die Frage:

„Ist Streikaufforderung Hochverrat?"

Beide Redner führten den Anwesenden den Charakter der Klassenjustiz vor Augen, die lediglich auf die **Denunziation der Dresdner Volkszeitung** hin ein Hochverratsverfahren gegen den Genossen Gruner einleitete, das aber vor dem Reichsgericht schmählich zusammenbrach. **Der antifaschistische Massenkampf im Betrieb und auf der Stempelstelle und die Unterstützung der Roten Hilfe als einziger Schutzorganisation gegen das Wüten der Klassenjustiz muß die Antwort aller Arbeiter sein.**

Einstimmig beschloß die Versammlung einen Appell an die Dresdner Arbeiterschaft zur **Bildung der Antifaschistischen Aktion und zum Massenaufmarsch der Antifaschisten am Sonntag, dem 26. Juni!**

Demonstration gegen Faschismus

Am Dienstag bildeten sich in der Friedrichstadt wiederum starke Protestdemonstrationen der Arbeiterschaft, an der Proleten ohne Unterschied der Parteien teilnahmen. Anlaß zu diesen Demonstrationen war ein Werbemarsch der Nazis durch diesen Stadtteil Dresdens, der überall mit stürmischen Niederrufen empfangen wurde. Die Polizei versuchte wiederholt mit dem Gummiknüppel die Demonstranten auseinanderzuprügeln, die sich aber immer wieder zusammenfanden und unter Absingen revolutionärer Lieder gegen die Hitlerfaschisten demonstrierten. Die Polizeiattacken bewirkten lediglich daß die Zahl der Demonstranten noch wuchs.

Massenverhaftung roter Sportler

Gestern früh wurde das Sportlerheim Cunnersdorf bei Dresden ausgehoben. Es waren etwa 30 bis 40 Sportler nachts über anwesend gewesen, die den Schmeling-Boxkampf im Radio abhörten. Sie wurden alle verhaftet. Fußböden wurden aufgerissen, Fenster eingeschlagen und der Platz um das Sportlerheim zum Teil umgegraben. Es waren ein Flitzer und ein Lastauto Polizei da. Auf das Lastauto wurden die Sportler verladen und mitgenommen, mußten aber im Laufe des Tages wieder freigelassen werden.

Zur Antifaschistischen Aktion

Anweisung der BL Nr. 1

1. Mobilisiert sofort zur ersten Massendemonstration der Antifaschistischen Aktion am Sonntag, dem 26. 6., in allen größeren Orten des Bezirks. Bearbeitet Betriebe und Stempelstellen für kollektive Beteiligung.

2. Nehmt Stellung zur neuen Notverordnung, die am 27. Juni in Kraft tritt. In allen Betrieben und Stempelstellen, in Gewerkschaftsversammlungen Kampfmaßnahmen organisieren gegen Lohn-, Steuer-, Renten- und Unterstützungsraub.

3. Berichtet an die BL und die Redaktion über alle Demonstrationen, Bewegungen und Widerstandsaktionen von der Antifaschistischen Aktionsfront.

4. Bildet sofort überall Einheitsausschüsse der Antifaschistischen Aktion, vor allem in Betrieben und Stempelstellen.

5. Meldet alle öffentlichen Versammlungen schnellstens der UB-Leitung. Sendet Versammlungsplan ein, damit die Referentenvermittlung reibungslos erfolgt.

6. Verteilt sofort nach Empfang die Flugblätter, vor allem an Betrieben und Stempelstellen. Nichts darf liegenbleiben.

7. Bestellt sofort Versammlungsplakate bei den UB-Leitungen zum Ausfüllen, pro Stück 3 Pfennig. Bestellt sofort, Vorrat gering!

8. Steigert die Werbung, vor allem Betriebsarbeiter und Presseleser werden! Am 30. Juni ist Kontrolltag über Werbung. Ergebnisse sofort berichten!

BL Sachsen der KPD.

Das Ergebnis der Länderkonferenz:

Völlige Freiheit für SA-Garden

Ausnahmezustand gegen die Arbeiterschaft. Verstärkte Verbotshetze gegen die KPD

Arbeiter, verteidigt eure Partei!

Berlin, 23. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

In der gestrigen Konferenz der Innenminister der Länder unter dem Vorsitz Gayls wurde über die Frage der Aufhebung des Uniformverbotes für die SA eine vollkommene Einigung nicht erzielt. Der Reichsinnenminister forderte aber in ultimativer Form, daß die Länderregierungen nach einigen Tagen Bedenkzeit das Uniformverbot aufheben sollen. Falls die Länderregierungen es weiterhin ablehnen sollten, so wird die Reichsregierung von sich aus eingreifen.

Während Severing für Preußen die Erklärung abgab, daß schon in den nächsten Tagen die völlige Freiheit für den Aufmarsch der SA-Garden und anderer faschistischer Verbände hergestellt werden solle, erklärten Bayern und Baden, daß sie jetzt nicht von sich aus das Demonstrations- und Uniformverbot aufheben könnten. Als neue Losung wurde deshalb vorgeschlagen, daß durch eine neue Notverordnung „alle in Betracht kommenden Verbände militärischen Charakters im ganzen Reichsgebiet das Recht zum Tragen der Uniform erhalten sollen". Darüber hinaus wird aber nach wie vor die Verhängung des Ausnahmezustandes erwogen.

Das Regierungsblatt, der **Berliner Lokalanzeiger**, fordert dazu noch folgendes:

„Er (Gayl) habe klar erkennen lassen, daß das Reich der fortgehender Fronde die Zwangsfrage von sich reichsgeistlich lösen würde, und hat keineswegs — wie ein Teil der Linkspresse wissen will — die Möglichkeit einer Verhängung des Ausnahmezustandes abgelehnt."

Das ist die offene Drohung mit dem militärischen Ausnahmezustand. Der Lokalanzeiger fährt fort:

„... daß binnen kürzester Frist Durchgreifendes gegen die Kommunisten geschehen müßte ..."

Die Verbots- und Unterdrückungsmaßnahmen der Arbeiterschaft sollen also für das ganze Reichsgebiet in verschärftem Maße zur Durchführung kommen. Während sich die Provokationen und Terrorakte der Nazigarden gegen die Arbeiter immer weiter steigern, wird von der bürgerlichen Presse eine wüste Hetze, die sich besonders gegen die KPD und die revolutionären Massenorganisationen des Proletariats richtet, entfaltet. Es ist das Verbot und die Auflösung dieser Organisationen und die Verhängung des Ausnahmezustandes **vorbereitet werden.**

Wir appellieren an alle Arbeiter, die gegen die faschistische Reaktion kämpfen wollen, überall dieser Verbotshetze energisch entgegenzutreten und sich in immer größeren Massen in der Antifaschistische Aktion zum außerparlamentarischen Kampf gegen den Faschismus, ganz gleich, in welcher Form er auftritt, einzureihen!

Die Illustrierte Bauernzeitung

Nr. 7 erscheint am Sonnabend, dem 25. Juni. Gebt sofort in erhöhter Auflage Bestellungen beim Verlag der „IBZ" auf. Organisiert im Zeichen der Antifaschistischen Aktion einen Massenvertrieb der IBZ. Im Vordergrund stellt die Gewinnung neuer Abonnenten. Vergeßt nicht, die Nr. 5 und 6 sofort an den Verlag abzurechnen.

Neue Mordüberfälle der Nazis

Blutige Zusammenstöße zwischen der provozierenden SA (Systemarmee) und Arbeitern

Solingen, 22. Juni

Nazis versuchten heute morgen an der Stempelstelle der Erwerbslosen zu provozieren. Die Erwerbslosen setzten sich zur Wehr und vertrieben die Nazis von der Stempelstelle.

Kiel, 22. Juni.

Die Nazis zogen gestern abend provozierend durch die Innenstadt, wobei es zu ständigen Zusammenstößen kam. Die Nazis schossen wie wild um sich. Es gab auf beiden Seiten zahlreiche Verletzte.

Altona, 22 Juni.

Bei einem Zusammenstoß zwischen SA-Mordbanden und revolutionären Arbeitern wurden drei SA-Leute schwer verletzt.

Jungarbeiter von SA erstochen

Essen, 22. Juni

Gestern abend wurde der Jungkampfbündler Heinrich Mertens von Nazibanden hinterrücks erstochen. Der Jungarbeiter starb auf dem Transport zum Krankenhaus.

Stettin, 22. Juni.

In dem Vorort Frauendorf überfielen SA-Mordbanden kommunistische Arbeiter mit einer Feuersalve aus Armeepistolen. Zwei kommunistische Arbeiter wurden schwer verletzt. Die feigen Mordbanditen flüchteten, bevor die Polizei erschien.

Saalschlacht in Andernach

Andernach, 22. Juni

In einer Naziversammlung in der ein infamer Verleumder gegen die Sowjetunion sprach, kam es zu einer regelrechten Saalschlacht. Die Arbeiter ließen sich die niederträchtigen Lügen über die Sowjetunion nicht gefallen, worauf die SA mit Stuhlbeinen gegen die Arbeiter vorging. Die Saaleinrichtung ging ziemlich in Trümmer.

Köln, 22. Juni.

Ein SA-Bandit überfiel heute zwei Kölner Kriminalkommissare mit einer schweren Eisenstange. Ein Kriminalbeamter wurde erheblich verletzt.

Schlacht um ein Dorf

Das Ullsteinsche „Tempo" meldet aus Halle: „Vergangene Nacht kam es um das Dorf Bornstedt im Mansfeldischen zu einer regelrechten Schlacht zwischen Kommunisten und SA-Leuten. Die SA-Leute, die in Uniform in großen Trupps anmarschiert kamen, wurden von den Kommunisten mit einem Steinhagel empfangen. Es kam zu einer erbittersten Schlägerei, bei der drei SA-Leute so schwer verletzt wurden, daß sie mit dem Krankenwagen weggebracht werden mußten."

Halle, 22. Juni. In den Arbeitervierteln kam es gestern abend zu Zusammenstößen zwischen provozierenden Nazis und Arbeitern. Die Arbeiter warfen Pflastersteine gegen die SA-Banden. Die Polizei räumte mit Schreckschüssen die Straßen.

*

In Verbindung mit den einheitlichen Abwehraktionen der sozialdemokratischen, christlichen, parteilosen und kommunistischen Arbeiter gegenüber den **Mordüberfällen der uniformierten Hakenkreuzbanditen** entfaltet die gesamte bürgerliche Presse — von dem Völkischen Beobachter bis zum Berliner Tageblatt — eine **lügnerische und freche Hetze gegen die Kommunistische Partei.** Voller Wut über die sich bildende Einheitsfront der Arbeiter aller Richtungen zur Antifaschistischen Aktion schreien z. B. heute die Sekretäre des Herrn Hugenberg in den Dresdner Nachrichten nach der „Reichsgewalt" gegen die Kommunisten.

Gerade diese einheitliche Stellungnahme der bürgerlichen Presse muß die Arbeiter veranlassen, **die Antifaschistische Aktion in roter Einheitsfront noch mächtiger, noch umfassender und siegreicher zu entfalten,** um dem hakenkreuzlerischen Mordterror und der faschistischen Kapitalsdiktatur ein Ende zu bereiten.

Schmeißt die bürgerlichen Lügen- und Hetzorgane aus den Arbeiterwohnungen! Abonniert die Arbeiterstimme! Schließt die rote Einheitsfront im Betrieb und an der Stempelstelle! Entfaltet die Antifaschistische Aktion zum Sieg der Arbeiterklasse über alle ihre Feinde!

SA-Führung ordnet Bewaffnung an

Berlin, 23. Juni (Eig. Meld.)

In einer Führertagung der SA und SS des Gaues Berlin wurde gestern die Order erteilt, alle im Besitz der Faschisten befindlichen Waffen innerhalb 18 Stunden der Leitung zu melden. Diese von dem anwesenden Faschistenhauptling Helldorf gegebene Anweisung signalisiert nichts anderes als die unmittelbare planmäßige Bewaffnung der SA- und SS-Banden zum konzentrierten Angriff auf die Arbeiter.

Nur der geschlossene Gegenstoß des Proletariats, die Mobilmachung in Betrieben, in Stempelstellen und Gewerkschaften, vermag die blutigen Pläne der Faschisten zu durchkreuzen. Höchster Alarm, geschlossenes Handeln über alle Saboteure der proletarischen Einheit hinweg ist das Gebot der Stunde.

Wetterprognose

Zeitweile auffrischende Winde aus nördlichen Richtungen. Meist stark bewölkt. Temperaturverhältnisse wenig geändert. Zeitweise Niederschläge.

„Kommunisten auf der Stelle erschießen"

SPD-Führer fordert: Reichsbanner mit SA und Schupo in die „Front der Ordnung"

Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse überschlägt sich in einer skrupellosen und wahnwitzigen Hetze gegen die Kommunisten. Es gibt kaum eine Zeitung, in der nicht offen oder versteckt zum Verbot der Kommunistischen Partei aufgefordert wird. In diesem Kampf stehen Faschisten und Sozialdemokraten Arm in Arm. Daher nur zwei Beispiele.

SPD-Führer für faschistische Ordnungsfront

Der SPD-Führer Grabbert in Harburg erklärte in einer Distriktsversammlung:

„Im Wahlkampf sind nicht die Nazis, sondern die Kommunisten die gefährlichsten Gegner. Es ist möglich, daß die SA zu einem legalen Instrument der Staatsgewalt wird. Wenn dann die Kommunisten Dummheiten (!) machen, kann es sein, daß das Reichsbanner in der „Front der Ordnung" mit SA und Polizei gegen die Kommunisten vorgehen muß."

Fort mit diesem Mordgesindel!

Die nazifreundlichen „Hamburger Nachrichten" schreiben am 20. Juni:

„Wer mit der Waffe in der Hand kämpfend getroffen wird, sollte nicht erst vor den Richter gebracht werden, sondern die Polizei müßte das Recht haben, diese Mordbuben auf der Stelle zu erschießen. Jeder erschossene Kommunist bedeutet Leben für viele Hunderte von Bürgern. „Unschuldige" Kommunisten gibt es nicht — also fort mit diesem Mordgesindel!"

Das ist unverhüllte weiße Mordhetze gegen das revolutionäre Proletariat. Antwortet in Massen in Betrieben, Stempelstellen und Arbeitervierteln: Einheitlicher Zusammenschluß aller Arbeiter und Werktätigen zur Antifaschistischen Aktion!

Heraus zu den 6 Massenversammlungen gegen Lohn-, Renten- und Unterstützungsraub am Freitag, 20 Uhr

Beteiligt euch geschlossen am Sonntag, vormittags 10 Uhr, am Kampfaufmarsch der Antifaschistischen Aktion